Nr. 2250. Freitag, 22. Januar. (Abend-Ausgabe.) 1864.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, in Leipzig: Illgen & Fort, H. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann Hartmanns Buchhdlg.

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 10 Uhr Vormittags.

Hamburg, 22. Januar. Die mit dem gestrigen Abendzuge von Altona eingetroffenen Mitglieder der schleswig-holsteinischen Landesdeputation wurden auf dem dortigen Bahnhofe mit Musik und ungeheurem Jubel empfangen. Sie kamen Nachts in Begleitung großer Volksmassen hierher, wo in Zinggs Hotel eine Berathung stattfindet.

Kiel, 21. Januar. Nach Abmarsch des Sachsen-Bataillons bezog die Turnerfeuerwehr die Wachen. Morgen und übermorgen werden 4000 Oesterreicher erwartet. Oberst Duplat (Chef des Militärdepartement des Herzogs Friedrich) ist aus Gotha hier eingetroffen.

Angekommen 11 Uhr Vormittags.

Stockholm, 21. Jan. Die bevorstehende Occupation Schleswigs hat eine wachsende Bewegung für Dänemark in allen Landestheilen hervorgerufen. Man richtet Adressen nach Stockholm, es bilden sich Comités für Geldsammlungen und Freiwilligenanwerbungen. Die Kriegsrüstungen werden mit verdoppeltem Eifer in Schweden und Norwegen betrieben.

Angekommen 1 Uhr Nachmittags.

London, 22. Januar. Die heutige „Times" schreibt: Dänemark verwarf nicht unbedingt das Ultimatum, sondern verlangte eine längere Bedenkfrist. — Die „Morning Post" erklärt die gestrige Angabe der „Times" für incorrect; Dänemark habe bloß dem englischen Cabinet die Bereitwilligkeit angedeutet, den Reichsrath behufs der Abschaffung der Verfassung einzuberufen, da das Cabinet dazu incompetent sei. Weitere Versöhnungsanträge seien hier nicht eingetroffen.

Angekommen 10 Uhr Vormittags.

Turin, 22. Jan. Ein Circular des Ministers des Innern an die Präfecten macht dieselben auf die Umtriebe der Actionspartei aufmerksam, welche beabsichtige, sich die Befugnisse des Königs und des Parlaments anzueignen und glauben zu machen suche, als genieße sie im Geheimen die Unterstützung der Regierung. Das Ministerium sei entschlossen, die Umtriebe aufzudecken und jeden Versuch zu unterdrücken. Die Präfecten werden angewiesen, eine thätige Ueberwachung auszuüben und die Strenge des Gesetzes anzuwenden.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Breslau, 21. Jan. Nach der „Schlesischen Zeitung" wird die Beförderung der österreichischen Truppen von hier nach Berlin am Sonntag beginnen und in Extrazügen alle zwei Stunden vor sich gehen. Der Güterverkehr ist auf der ganzen Bahnstrecke beschränkt und in Sorau, wo die Truppen gespeist werden, ganz eingestellt.

Dresden, 21. Januar. Die Commission der Abgeordnetenkammer für die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten hat neue Anträge eingebracht, dahin gehend, daß die sächsische Regierung das Ansehen und die Autorität des Bundes gegen bundeswidrige Unternehmungen energisch vertheidigen und für sofortige Anerkennung des Herzogs Friedrich beim Bunde eintreten möge. Im Falle die sofortige Bundesabstimmung über die Erbfolgefrage nicht zu erlangen sei, solle die Regierung auf Zulassung eines Bevollmächtigten des Herzogs antragen und mit den bundestreuen Regierungen auf schleunigste Verstärkung der Bundestruppen in Holstein, wie auf Besetzung Schleswigs durch Truppen bundestreuer Regierungen hinwirken. Morgen wird die Kammer über diese Anträge debattiren.

Hamburg, 21. Januar. Die „Hamburger Nachrichten" melden aus Altona, daß der Senator Vogler und die Deputirten Donner und Pocher gestern Abend nach Kiel gereist sind, um dem Herzoge Friedrich die Einladung der Stadt zu überbringen.

Hamburg, 21. Jan. Das Thermometer steht 1 Grad über Null. In diesem Augenblicke rücken hier wieder Preußen von Harburg ein.

Hamburg, 21. Januar. Südostwind, feucht. — Die gestern hier einquartierten preußischen Truppen sind heute nach Duvenstedt (etwa 3½ Meile nördlich in der Richtung nach Lübeck) von Hamburg abmarschirt und werden, wie es heißt, daselbst übernachten. Die Oesterreicher, deren Quartiermacher in Altona angekommen, rücken morgen von hier aus und werden, wie man sagt, in drei Abtheilungen per Eisenbahn nach Holstein befördert.

Den heutigen „Itzehoeer Nachrichten" wird aus Husum als etwas Außergewöhnliches gemeldet, daß die Nordsee an den dortigen Küsten so fest und so weit zugefroren ist, daß man von der Insel Nordstrand nach der Insel Pellworm das Eis passiren kann.

Hamburg, 21. Jan., Abends. Starkes Thauwetter. — Die letzte hier eingetroffene Kopenhagener Post datirt von Montag den 18. d. Kopenhagener Privatbriefe von diesem Tage wollen wissen, daß der österreichische und der preußische Gesandte ein Dampfboot zur Ueberfahrt nach einem deutschen Hafen gemiethet haben.

Altona, 21. Januar. **Auf Freitag sind alle Waggons der Eisenbahn hierher beordert, um alle zwei Stunden einen Truppentransport nach Norden zu führen. Es heißt,** die in Hamburg liegenden Oesterreicher würden am Freitag bis nach Neumünster vorgeschoben und in Hamburg durch andere österreichische Truppen ersetzt werden. Zwei Mitglieder der Altonaer Massendeputation sind zugleich von dem städtischen Deputirtencollegium bevollmächtigt worden.

Eine Verordnung der Bundescommissarien an die Polizeibehörden in Holstein und Lauenburg besagt u. A.: An einzelnen Orten gemachte Versuche, Wehrvereine zu organisiren, veranlassen uns, die Wachsamkeit der Behörden auf das Ungesetzliche eines solchen Vorhabens hinzulenken, aus welchem dem Lande, so wie den einzelnen Gemeinden nothwendig Verwickelungen erwachsen müssen. Die Polizeibehörden haben gegen derartige Bestrebungen nöthigenfalls nachdrücklichst einzuschreiten, auch sofort Anzeige zu machen.

Kopenhagen, 21. Januar. Bei Gelegenheit der Adreß-Debatte im Folkething erklärte der Conseilpräsident, daß die November-Verfassung nur auf verfassungsmäßige Weise aufgehoben werden könne. Wenn, sagte er wörtlich, der deutsche Bund nicht mehr Hindernisse in den Weg legen will, so sind wir, die wir uns an die eingegangenen Verpflichtungen halten, willig, Holstein in die constitutionelle Verbindung mit den anderen Landestheilen aufzunehmen. Die Regierung wird keinen Zoll weiter nachgeben, als wir staatsrechtlich verpflichtet sind.

Wien, 21. Januar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde das Gesetz über die Luxussteuern in dritter Lesung mit 67 gegen 54 Stimmen angenommen. Es folgte die Verhandlung über eine Post von 525,000 Gulden, welche als geheimer Dispositionsfonds für allgemeine Zwecke für das laufende Jahr nachträglich von der Regierung gefordert wird. Nachdem Schmerling gesprochen und erklärt hatte, in dem Votum einen Akt des Vertrauens oder Mißtrauens zu sehen, wurde die Summe mit großer Majorität unverkürzt bewilligt.

Petersburg, 21. Januar, Abends. Die amtlichen Blätter veröffentlichen einen Ukas bezüglich provinzialer und Kreisvertretungen für Rußland. Ausgenommen sind davon die westlichen und baltischen Provinzen, dann die Gouvernements Archangel, Astrachan und Bessarabien.

Landtags-Verhandlungen.

29. Sitzung des Abgeordneten-Hauses.

Unter den geschäftlichen Mittheilungen befindet sich ein Urlaubsgesuch für fünf Tage von dem Abg. Dr. Szumann. Aus einer Anzahl von rheinischen Städten sind mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Adressen in Betreff Schleswig-Holsteins eingegangen.

Folgt Berathung über die Anleihe und die Schulze-Carlowitz'sche Resolution. Dr. Frese wünscht Specialdiscussion über die Resolution, da vielleicht Mancher gegen die Resolution stimmen würde, weil die Resolution nur die Bedeutung einer blos theoretischen Rechtsverwahrung habe, für welche die Zeit vorüber sei. Das Haus tritt dem indeß nicht bei.

Referent Abg. Aßmann: Die Resolution sei einstimmig in der Commission angenommen worden. Es müßten schwerwiegende Gründe sein, welche das Haus in einem Augenblicke und in einer Angelegenheit, in welcher das ganze Volk zur Action dringe, bestimmen, der Regierung die erforderlichen Mittel zu verweigern, welche in einem Volke, das vor einem Kriege selbst gegen die Uebermacht nie zurückgeschreckt, die Scheu vor einem Kampfe unter der Führung der jetzigen Regierung wach halten. Um so schwerer müssen die Gründe sein, da man Weigerung in der Bewilligung der Geldmittel als eine bedrohliche Gefahr für unsere Verfassung bezeichnet hat. Das Haus habe sich alle Mühe gegeben, sich Kenntniß über die Seitens der Regierung in Aussicht genommene Politik zu verschaffen, um Erklärungen herbeizuführen, welche ein zustimmendes Votum zu der geforderten Anleihe ermöglichten. Diese Mühe sei leider erfolglos geblieben oder habe doch nur zur Folge gehabt, dem Hause eine erschreckende Sicherheit über die Ziele der Regierungs-Politik zu verschaffen und ihm die Nothwendigkeit eines ablehnenden Votums aufzuerlegen. Durch ihr letztes Verhalten am Bunde greife die Regierung in die Competenz des deutschen Bundes ein und handle einem ausgesprochenen rechtsgiltigen Bundesbeschluß entgegen, nämlich dem auf Anregung Preußens und Oesterreichs gefaßten Bundesbeschluß vom 28. December v. J., nach welchem der Schutz des verfassungsmäßigen Rechtes von Schleswig als ein dem deutschen Bunde zustehendes und von diesem eventuell durch Besetzung Schleswigs geltend zu machendes Recht anerkannt. Oesterreich und Preußen hätten durch die Art, wie sie die Verhandlungen mit Dänemark im Jahre 1851 geführt, selbst zugegeben, daß die eigentlichen Contrahenten der damals auch rücksichtlich Schleswigs getroffenen Vereinbarungen der deutsche Bund einerseits und Dänemark andererseits seien. Bei der Erklärung Preußens und Oesterreichs vom 14. d. M. fehle es aber diesen Regierungen an jeder Legitimation, etwa für oder im Namen des deutschen Bundes zu handeln. Preußen maße sich also eine ihm nicht zustehende Befugniß an. Welche Absicht es dabei verfolge, sei klar. Preußen wolle die thatsächlichen Erfolge der Bundesexecution, wie sie in Holstein eingetreten, für Schleswig ausgeschlossen wissen, und die preußische Regierung trete hierdurch in offenen Conflict mit dem preußischen Volke, mit der Mehrzahl der deutschen Regierungen und fast mit der gesammten deutschen Nation (Zustimmung). Verfolgte Preußen nicht das eben bezeichnete Ziel, so hätte es den Hessen-Darmstädtischen Antrag befürworten müssen. Nach allen Anzeichen wollte die Mehrzahl der deutschen Staaten den Weg deutschen Rechts und deutschen Interesses gehen. **Die preußische Politik werde geleitet durch persönliche Sympathien und Antipathien, sowie durch das Interesse der Partei des Herrn v. Bismarck, dem Vertragstreue nur als ein gelegentlich anzubringendes Argument gilt.** (Beifall.) **Für dieses Haus stehe es fest, daß Hr. v. Bismarck dem deutschpatriotischen Bestreben der Mittelstaaten entgegen sei und seine Politik könne diesem Hause keinen Anhalt gewähren, Herrn v. Bismarck irgend zuzustimmen.** (Bravo.) Der Herr Ministerpräsident möge vielleicht in gewohnter Weise die Achseln zucken über die 352 Laien, welche die Richtung seiner Politik zu tadeln sich unterfangen, aber so lange es ihm nicht gelungen sein werde, ein neues Wahlgesetz durchzusetzen, welches allein im Stande sein werde, Diplomaten aus seiner Schule auf die Bänke des Abgeordnetenhauses zu bringen (Heiterkeit), werde das preußische Volk nur Vertreter hierhersenden, die ihren Entschließungen die Ehre und das Recht zu Grunde legen, wie sie dieselben verstehen (Bravo). Nach den neuesten Nachrichten genüge die einfache Ablehnung nicht mehr, da man derselben auch andere Gründe, wie z. B. finanzielle zu Grunde legen könnte; es mußte dieser Ablehnung ein entschiedener Ausdruck gegeben werden und deßhalb empfehle die Commission die Resolution. „Wenn nun die Politik des Herrn v. Bismarck Preußen aus seiner Stellung als deutsche Großmacht herausdrängt, und es als Diener Oesterreichs zum Feinde Deutschlands werden läßt, wenn unserm braven preußischen Heere das schmähliche Loos zufallen solle, gegen unsere deutschen Brüder zu kämpfen und Holstein wieder den Dänen auszuliefern und das alles nur, weil Herr v. Bismarck die preußische Politik leitet, dann soll wenigstens Deutschland wissen, daß wir zu ihm und nicht zu Hrn. v. Bismarck stehen und alle uns zuständigen Mittel anwenden werden, um diese Politik zu bekämpfen." (Allgemeines Bravo!) Daß das österreichische Cabinet die Aufrechterhaltung des Londoner Tractats erstrebe, sei begreiflich, denn dies Werk sei ja ein Kunststück seiner Diplomatie gewesen; aber unbegreiflich sei es, daß Preußen, über welches in jenem Tractat ein Triumph gefeiert worden sei, das gerade damals dem Fürsten Schwarzenberg zu dem bekannten Bonmot Veranlassung gegeben: „Man muß Preußen erniedrigen, um es zu vernichten", für die Aufrechterhaltung in die Schranken trete und zu Oesterreichs Diener sich herablasse: das sei neupreußische Politik. „In den Händen dieses Ministeriums ist Preußen entweder zur Ohnmacht oder zum Selbstmord verdammt; unter diesen Umständen haben wir keine Wahl: wir ziehen die Ohnmacht dem Selbstmord vor und die erste practische Folge, die wir dieser Wahl geben, ist die Verwerfung der Anleihe." (Bravo!)

Ministerpräsident v. Bismarck: Ihre Commission hat die Aeußerungen, welche ich gethan habe, veröffentlicht. Ich hätte gewünscht, daß die Mittheilungen etwas mehr im Zusammenhange gehalten wären, sie würden dadurch verständlicher sein. Ich erlaube mir indessen nur zwei Monita gegen das Protocoll Ihrer Commission zu ziehen. Es steht zunächst darin, ich solle gesagt haben: in dem Augenblicke des Rücktritts vom Londoner Protocoll könne Dänemark ohne Weiteres Schleswig incorporiren. Ich glaube gesagt zu haben: „es wird dies voraussichtlich der erste Schritt sein, den Dänemark thut." Dann was das Wort anbetrifft, daß der Bund seine Prüfung des Successionsrechts so langsam vornehmen werde, so glaube ich, die Herren werden sich erinnern, daß mir das Wort suppeditirt wurde, wobei ich sagte, ich hätte gegen dasselbe nichts zu erinnern; ich habe gewünscht, daß diese Prüfung bedächtig geschehe. Dann ist meine letzte Aeußerung nicht vollständig wiedergegeben. Ich soll gesagt haben: „Es ist mein Wunsch, mit den von dem Hause legal bewilligten Mitteln in die Sache einzutreten. Würden diese aber verweigert, so werde ich sie nehmen, wo ich sie finde." Ich habe den Gedanken nicht so schroff ausgedrückt; ich habe gesagt: „wir haben zu Ihnen nach wie vor das Vertrauen, daß Sie uns diejenigen Mittel, welche wir so nothwendig bedürfen, auf verfassungsmäßigem Wege zugänglich machen werden, sonst müssen wir sie nehmen, wo wir sie bekommen." Damit Sie sehen, wie bereit ich bin, Ihnen Aufschlüsse zu geben, so erlaube ich mir, Ihnen, nicht in der Form eines Actenstückes, sondern in der Form einer mündlichen Mittheilung, einen Theil einer vor einigen Tagen an die deutschen Regierungen gerichteten Depesche vorzulesen. (Die Depesche entwickelt, daß die preußische Regierung keineswegs dem Bunde und seinen Anschauungen entgegentrete, sondern nur ihre Stellung zu der Frage und den Contrahenten des Londoner Protocolls zu berücksichtigen habe. Die Depesche macht ferner darauf aufmerksam, daß zwischen der Rückkehr der Herzogthümer unter dänische Oberhoheit und zwischen einer Vereinigung derselben zu einer neuen Dynastie noch andere Möglichkeiten liegen, unter welchen vor allen eine Personal-Union zwischen ihnen und Dänemark hervorzuheben sei, etwa in der Art, wie zwischen Schweden und Norwegen. Dabei werde Schleswig-Holstein durch seinen Rückhalt am Bunde einen Schutz finden, der ihm nur von Vortheil sein könne, während man wahrscheinlich die dynastische Lösung nur mit Aufopferung der Zusammengehörigkeit der Herzogthümer und der Rechte der deutschen Bewohner Schleswigs lösen könne.) In Betreff der in der Commission angeregten Frage, welcher Rechtstitel zur Einmischung in Schleswig dem Bunde zu Gebote stehe, habe ich dasjenige Actenstück mitgebracht, auf welches in der Commission Bezug genommen worden ist und worin gesagt sein soll, daß die beiden Herzogthümer alle öffentlichen Rechtsverhältnisse mit einander gemeinsam haben sollen. Es ist das eine vom Frhrn. v. Rechlin an die deutsche Bundesversammlung gerichtete Note, durch welche der Schriftwechsel abgeschlossen wurde. Es ist aus dem Inhalt derselben schon mit einiger Schwierigkeit ein Einmischungsrecht des deutschen Bundes zu folgern; noch schwerer wird es sein, dieses Recht bei den europäischen Mächten zur Geltung zu bringen. **Wenn aber das Erbrecht in Schleswig darauf gegründet werden soll: beide Herzogthümer dürfen nicht von einander getrennt werden und darum muß der Erbe von Holstein auch Schleswig mitbekommen, so läßt sich dieses Argument**

auch anführen und für den Erben von Schleswig geltend machen.

Abg. v. Gottberg greift die Haltung des Hauses an. Ein preußisches Abg.-Haus mache es einem preußischen Ministerium zum Vorwurfe, daß dasselbe preußische Politik treibe! Das preußische Volk aber denke anders. Es werde zwar nie die Wichtigkeit einer Verbindung mit Deutschland verkennen, sich darum aber nimmermehr durch die kleinen deutschen Staaten beherrschen lassen wollen. Man sollte meinen, sich hier in einer deutschen Nationalversammlung zu befinden, nicht aber in einem preußischen Abgeordnetenhause. Es komme aber darauf an, was preußische Ehre und preußisches Interesse fordere, Preußen habe keine Verpflichtung, den Augustenburger anzuerkennen, da dafür noch kein Bundesbeschluß, sondern nur ein Beschluß eines sogen. Centralausschusses in Frankfurt existire, welchen Beschluß es auf seine wahre Bedeutung zurückführen müsse, damit die kleinen deutschen Staaten endlich aus den Händen der Demokratie befreit würden (Heiterkeit). Die Verbindung Holsteins mit Deutschland bleibe dieselbe, ob der Dänenkönig, ob der Augustenburger sein Herzog sei. (Hört!) Durch seine Verbindung mit Dänemark sei Holstein zum Wohlstande gelangt (hört! hört!), und es werde die Herrschaft Dänemarks jedesfalls der des Augustenburgers vorziehen. „Sollte es jetzt wirklich der Revolution gelingen, die Funken zur Flamme anzufachen und Preußen in einen Krieg mit den Großmächten hineinzutreiben, so würde das nur zum Nachtheile der Demokratie ausschlagen, denn Preußen hat zwei Verbündete, Oesterreich und Rußland (hört! hört!), ja, m. H., ich fürchte die heilige Allianz nicht, denn sie hat 50 Jahre hindurch den Frieden geschützt, sie hat heilsam gewirkt nach zwei Richtungen hin: gegen Frankreich und gegen die Revolution!" (Heiterkeit). An dem Protokolle, um welches es sich hierbei handle, habe der Bund keinen Antheil, Oesterreich und Preußen allein seien dabei betheiligt, und dürfen sich deshalb in dieser Frage auch nicht vom Bunde beherrschen lassen.

Abg. Virchow: Sie erlassen es mir wohl, ausführlich dem Vorredner zu antworten, welcher uns eine Reihe von Jahrgängen der Kreuzzeitung in so bunter Reihenfolge der Nummern vorgeführt hat, daß die wunderbarsten Anachronismen und Widersprüche zu Tage getreten sind. So hat er z. B. die Exekution eine Bruderpflicht genannt, und daraus deducirt, daß es unsere Verpflichtung sei, die Mittel dazu zu bewilligen, und im nächsten Augenblick hat er auseinandergesetzt, daß Preußen sich nicht dürfe majorisiren lassen, da es gegen den Bund keinerlei rechtliche Verpflichtung habe. In Bezug auf den Ministerpräsidenten, freue ich mich, daß er im Tone keine Veranlassung gegeben hat, die ruhige Bahn der Berathung zu verlassen, und werde ich versuchen, mich in diesen Grenzen zu halten, obgleich Ruhe schwer ist bei der Besprechung einer Frage, welche die Ehre und Interessen Deutschlands so tief berührt. Wenn er die Meinung ausgesprochen hat, seine Mittheilungen würden die Ueberzeugung des Hauses nicht erschüttern, so glaube ich nicht, daß er dieselben rechtfertigen kann gegenüber den vielen Versuchen, welche die Majorität gemacht hat, um gerade in dieser auswärtigen Angelegenheit über die Personenfrage hinweg zu einer Verständigung zu gelangen, gegenüber unsrer Bereitwilligkeit, bis an die äußerste Grenze der Concessionen diese Angelegenheit von allen subjectiven Wünschen loszulösen und dem Bestreben nur durch sachliche Gründe zu überzeugen. Er hat allerdings nicht erwarten können, unsere Ueberzeugung zu erschüttern, durch Mittheilungen, die keine sind, durch allgemeine Betrachtungen, aus denen allein zu entnehmen, daß er keine bestimmte Politik habe. Indeß habe ich doch aus den Mittheilungen einen Fortschritt entnehmen können, einen Fortschritt, um welchen sich, wie ich glaube, das Haus einiges Verdienst erworben hat; die Regierung erkennt jetzt ebenfalls an, daß der Zustand, wie er 1852 in den Herzogthümern geschaffen worden, gegenwärtig ein unmöglicher ist. Eine solche Erklärung hatten wir bis jetzt noch nicht gehört. Früher hat grade aus dem Beharren bei den Abmachungen von 1852 der Ministerpräsident das Recht Preußens, als europäische Großmacht einzugreifen, hergeleitet. In der heute mitgetheilten Note erklärt er nun auch eine Lösung für möglich, wonach zwischen den Herzogthümern und Dänemark eine Personal-Union bestehen würde. Er scheint also doch endlich eingesehen zu haben, was hier im Hause schon wiederholt erörtert ist: daß mit den Abmachungen von 1852 nichts gemacht werden kann. Es ist also nicht unmöglich, daß er in der richtigen Erkenntniß noch weiter fortschreitet und insofern dürften, wenn wir auch nicht Alles erreichen, die vorgeschlagenen Resolutionen nicht ganz fruchtlos sein. Der Ministerpräsident hat ferner erklärt, Preußen wünschte, daß die Erbfolgefrage vom Bunde recht eingehend geprüft werde, aber er hat mir nur den auf den Lippen schwebenden Gedanken hinweggenommen, wenn er hinzusetzte — langsam, bis er nämlich durch Herbeiführung von Verwickelungen dem Bunde die Entscheidung unmöglich gemacht habe (Heiterkeit, Zustimmung). Wer kümmert sich denn eigentlich noch um die Verabredungen von 1852? „Niemand, als wir allein." Wir führen die Vertragstreue im Munde: Dänemark kümmert sich nicht um die Verträge, wir aber müssen sie halten. Möchte doch der Herr Minister seine Vertragstreue in andere Bahnen lenken. (Lebhaftes Bravo!) Es scheint aber, daß davon ein so großer Export beschafft werden muß, daß für den inländischen Gebrauch sehr wenig übrig bleibt. (Heiterkeit!) Der Ministerpräsident hat ferner dem Commissionsbericht den Vorwurf gemacht, er habe seine Worte nicht richtig wiedergegeben, insofern er nämlich gesagt: er werde die Mittel nehmen, wo er sie finde, aber auf verfassungsmäßigem Wege. Ich muß nun als Augen- und Ohrenzeuge leider gestehen, daß meinen Augen und Ohren diese Lippenbewegung des Ministers entgangen sein muß, da ich mich nicht entsinnen kann, von diesem verfassungsmäßigen Wege vernommen zu haben; nur hat er allerdings nicht gesagt, er werde die Mittel nehmen, sondern, er müsse sie nehmen. Vielleicht wollte der Herr Ministerpräsident heute nur seine Vertragstreue gegenüber der Verfassung constatiren. Nun, wir werden sehen, wie er uns oder einer künftigen Landesvertretung gegenüber im Stande sein wird, die zu seiner Politik nothwendigen Mittel auf „verfassungsmäßigem Wege" zu erlangen. — Bei wem findet denn die Politik der Regierung Beifall? Worauf stützt sie sich? Darüber besteht doch wohl kein Zweifel mehr, daß ihr die Majorität unseres eigenen und des deutschen Volks nicht zur Seite steht und ebensowenig die deutschen Regierungen. Ich wüßte aber auch von den auswärtigen Staaten keinen außer Oesterreich, der mit seinem gegenwärtigen Vorgehen einverstanden sein könnte, denn eine Personalunion der Herzogthümer mit Dänemark ist weder im russischen noch im englischen Interesse. Indem aber die Regierung diesen Standpunkt betritt, verläßt sie die Basis, von der aus sie unsere Ansicht bisher bekämpft hat, indem sie grade dadurch den europäischen Großmächten die Möglichkeit des Einspruches giebt. — Welches Interesse kann aber Oesterreich bei einer Intervention in den Herzogthümern haben? Oesterreich hat manches deutsche Land — ich erinnere an Lothringen und Elsaß — an den Reichsfeind ausgeliefert; es hat aber stets für sich dafür eine Entschädigung zu gewinnen gewußt. Sollte Oesterreich etwa aus purer Gutmüthigkeit Preußen helfen wollen, oder ist etwa jetzt derselbe Zeitpunkt, wie damals beim Wiener Congreß wo Fürst Hardenberg eine Note an Metternich richtete, er möchte doch Preußen aus den Schwierigkeiten, in die es hineingerathen, retten? Oesterreich würde sicherlich jetzt ebenfalls seine Entschädiguung verlangt haben, wie damals. Jedenfalls ist jetzt schon ein Vertrag abgeschlossen, etwa in Betreff Venetiens, oder ein ähnlicher, der uns freilich ebenso bestritten werden wird, wie die Seeschlange des vorigen Jahres, die russische Convention. So bietet denn die Regierung dem preußischen Volke ein Schauspiel, daß es seit dem siebenjährigen Kriege nicht erlebt hat, Croaten und Panduren im Lande zu sehen, welche angeblich die deutschen Interessen schützen sollen. Ich bin noch zweifelhaft, ob die Regierung berechtigt war, die Lasten eines solchen Durchmarsches ohne vorgängige gesetzliche Genehmigung auf die Schultern der preußischen Staatsbürger zu wälzen (Zustimmung), aber das steht für mich fest, daß logische, moralische, politische Erwägungsgründe der Regierung hätten verbieten sollen, unseren Bürgern solche Lasten aufzuerlegen. (Lebhaftes Bravo.) Ich bin dem Abg. Gottberg dankbar für die Offenheit, mit der er als einen Grund für das Vorgehen der Regierung die Niederwerfung der Demokratie bezeichnet. Darin kann nun allerdings der Herr Ministerpräsident Großes leisten und sich als ein moderner Heros zeigen. Er kann nämlich erstens die dänische Demokratie niederwerfen, indem er durch sein Vorgehen den Dänenkönig zwingt, die dänische Verfassung zu brechen und eine neue zu octroyiren. Wenn ferner doch der Herzog von Augustenburg anerkannt werden müßte als Herzog von Schleswig-Holstein, so versteht sich von selbst, daß wenn von Ihrer Seite (zur Rechten sich wendend) die Anerkennung zu Stande kommen sollte, von der Verfassung von 1848, die derselbe anerkannt hat, keine Rede mehr sein würde, dann würden natürlich die alten Stände aufleben und eine feudale Constitution an die Stelle treten. Endlich aber wäre die Demokratie in Deutschland niederzuwerfen und es würde sich nur fragen, ob auch die Herren v. Dalwigk und Beust als Mitglieder der deutschen Revolution mitzuproscribiren seien. (Heiterkeit.)

Welches ist denn nun aber der Kern dieser sogenannten revolutionären Bewegung? Nichts anderes als der Drang des deutschen Volkes nach Einigkeit, als das Streben, uns nach Außen hin endlich als eine große Nation geltend machen zu können. Ist doch dieses Bestreben selbst klar und offen ausgesprochen von dem Kaiser von Oesterreich, als er im vorigen Sommer die deutschen Fürsten nach Frankfurt berief, und von Herrn v. Bismarck selbst in seiner berühmten Note, in welcher er das unveräußerliche Recht der deutschen Nation entwickelt hat. Wenn man also nicht etwa den Kaiser von Oesterreich und Herrn v. Bismarck zu Anhängern der Republik stempeln will, so muß man doch zugeben, daß die deutsche Einheit auch ohne Republik möglich ist. Und dabei nennt man die Unterdrückung der nationalen Bewegung ein preußisches Interesse! Das liegt wahrlich nicht im Interesse des preußischen Volkes, sondern nur im Interesse einer kleinen Clique, die selbst nicht weiß was sie will. (Lebhaftes Bravo!) Es scheint denn doch, als ob endlich der Widerstand des Ministerpräsidenten gegen diese kleine Partei gebrochen sei. Ich glaube nämlich, daß er bei seinem Eintritt in sein jetziges Amt die ehrliche Absicht gehabt hat, nicht dieser Partei zu dienen. Er besaß damals noch wirklich Vorstellungen von persönlicher Selbstständigkeit und Unabhängigkeit; in ihm wirkten die Erinnerungen von dem alten Gegensatze Oesterreichs und Preußens aus seinem Aufenthalte in Frankfurt und Petersburg noch nach. Jetzt ist es anders: er spricht jetzt nur die Sprache und folgt der Politik der „Kreuzzeitung", denn wen hat er denn hinter sich als ihre Anhänger? Er darf nicht anders handeln wie sie wollen, er ist ganz dem Bösen verfallen. (Allgemeine Heiterkeit in die der Ministerpräsident mit einstimmt, Bravo!) Wenn erst nach dem Willen dieser Partei die nationale Bewegung niedergeworfen ist, nun, dann ist Preußen in den Zustand versetzt, den ihm Fürst Schwarzenberg nach seinem von dem Berichterstatter schon citirten berühmten Ausspruch wünschte, es ist erniedrigt in seinem eigenen Hause.

Sie sprechen immer (zur Rechten gewendet), Preußen müsse in seiner Stellung als Großmacht so handeln; Sie renommiren immer mit Preußens Großmachtstellung und leiten aus dieser ab, was es thun soll; in Oesterreich spricht man nicht von der Stellung als Großmacht, sondern thut, was man für das Interesse des Staates hält. Was nennen Sie denn aber, als Großmacht handeln? Wenn die kleineren deutschen Staaten am Bunde einen patriotischen Beschluß fassen, dann rufen Sie: die Großmacht Preußen dürfe sich nicht majorisiren lassen von den Kleinen — aber von den Großen. (Allseitiger Beifall, anhaltende Heiterkeit!) Beweisen Sie doch einmal gegen Große, daß Preußen eine Großmacht ist! (Lebhafter Beifall!) Ja, wenn erst das Blut unserer Söhne und Brüder vergossen ist, wenn eine Schlacht geliefert sein wird, wenn man sich auf einen errungenen Sieg und auf einen tüchtigen Feldherrn stützen kann, dann will man — dies entnehme ich aus den Mittheilungen des Ministerpräsidenten — auf den europäischen Congreß gehen und sich von den übrigen Großmächten majorisiren lassen. Aber Eins gebe ich dabei zu bedenken: man darf sich unter der Armee keinen idealen Körper vorstellen; die Masse der Armee besteht aus Bürgern wie wir, aus unsern Söhnen und Brüdern, die an dem Entwickelungsgange der Nation vollen Antheil nehmen, die ihr Urtheil haben, wenn sie auch zeitweilig verhindert sind, ihm Ausdruck zu geben, und es wird der Regierung schwer werden, die Armee, nachdem sie ihr Blut vergossen für die Sache, sie auf ihre Bahn hinüberzuführen, wenn sie dieselbe Sache auf einem Congresse aufgiebt. (Stürmisches Bravo.) Auf einem europäischen Congresse würde es mit der schleswig-holsteinischen Frage eben so gehen, wie auf dem Wiener Congresse, wo die europäische Diplomatie über Preußen auch den Sieg davon getragen hat und der berühmte Ausspruch Jeffersons zur Wahrheit wurde, daß nach dem neuen sogenannten europäischen Staatsrecht die Völker wie Schafheerden verschachert würden. Schleswig-Holstein würde auf einem solchen Congresse zweifellos dem Feinde überliefert werden. (Zustimmung.) Nach den heutigen Erklärungen des Ministerpräsidenten hält derselbe noch immer am Londoner Protocoll fest. Es ist schon wiederholt erörtert, daß dies nur im russischen Interesse ist, indem dadurch alle Erbberechtigten bis auf die Glücksburger zu Gunsten der Gottorpschen Linie beseitigt sind. Nur ein Staatsmann, den ein solches Interesse leitet, kann eine solche Politik treiben. Im Interesse des preußischen und deutschen Volkes wäre es gewesen, wenn die Regierung mit der schwedischen sich in Verbindung gesetzt hätte, um die skandinavische Union zu Stande bringen zu helfen; dadurch wäre eine wirklich starke Macht am Sunde entstanden, die nicht mit Deutschland collidirte, sondern zu seinem Schutze gegen die Uebergriffe Englands und Rußlands dienen würde. Die Politik Dänemarks ist natürlich auf die Annectirung der Herzogthümer hingewiesen, eine skandinavische Union würde darauf verzichten können, jedenfalls wäre ein desfallsiges Uebereinkommen mit Deutschland nicht schwer.

Der Vorredner hat uns eingewendet, wir hätten ja die Bundesversammlung früher nicht anerkannt. Rechtlich allerdings nicht, aber factisch als existent müssen wir sie anerkennen. Indeß eine Regierung, die sie rechtlich anerkannt, kann uns dabei von ihrem Standpunkte am wenigsten entgegentreten. Meine Herren! Zur Erfüllung ihrer Bundespflichten bedarf die Regierung keiner Anleihe; zu ihren anderweitigen Zwecken ihr die Mittel zu bewilligen, wäre nach den Erklägen des Ministerpräsidenten gegen die Würde der Volksvertretung. Unser Volk hat wie kein anderes bewiesen, daß es wie kein anderes alle erdenklichen Opfer zu bringen vermag für ein wirkliches nationales Interesse, aber es ist auch frei und mündig genug, um nicht zuzugeben, daß seine Mittel nutz- und zwecklos weggegeben werden. (Lebhaftes Bravo.)

Ministerpräsident v. Bismarck: Der Herr Vorredner hat mich dahin verstanden oder verstehen wollen, daß ich in der von mir vorgelesenen Depesche die Abmachung von 1852 als unmöglich bezeichnet hätte. Ich habe die Zustände, welche von 1852 bis zum vorigen Jahre in Dänemark bestanden, für unmöglich, und ihre Wiederkehr für unzuläßig bezeichnet. Sollten die Stipulationen, welche während dieser Zeit unausgeführt sind, unausführbar sein, so ist das Dänemarks Sache. Der Vorredner hat ferner geäußert, er sehe nicht, wie die Verabredungen von 1852 noch dazu dienen sollten, eine Incorporation Schleswigs zu verhüten, da diese bereits erfolgt sei; es ist dies vollkommen richtig, wohl aber können diese Verabredungen als Basis dienen für das Einschreiten der europäischen Mächte gegen die Incorporation. Was ferner meine Aeußerung in der Commission über verfassungsmäßige und nicht verfassungsmäßige Wege betrifft, so glaube ich ein gutes Gedächtniß zu besitzen. Meine Worte konnten einen andern Sinn nicht gehabt haben. Der Vorredner kam dann auf die Frage eines Congresses und schien dabei vorauszusetzen, daß wir, die wir uns am Bunde nicht majorisiren lassen wollen, auf dem Congresse majorisirt werden würden. Ich bemerke dabei, daß auf Congressen nicht majorisirt werden kann, da die Beschlüsse einstimmig gefaßt werden müssen. In Betreff der russischen Ansprüche glaube ich, daß auf die dänische Monarchie ein solcher Anspruch nicht wohl erhoben werden könnte; was dagegen die Ansprüche auf die Herzogthümer betrifft, so habe ich keinen Beruf mich darüber auszusprechen. Wenn aber der Vorredner dies schlechthin als eine Lüge bezeichnet hat, so will ich ihm erwidern, daß diese Lüge von ziemlich vielen Leuten geglaubt wird (Heiterkeit). Der Vorredner hat uns dann vorgeworfen, daß wir nicht an der scandinavischen Union einen Bundesgenossen gesucht hätten. Ich kann demselben darauf erwidern, daß der Gedanke an eine scandinavische Union wohl von einer Anzahl von Professoren gehegt wird, daß aber die schwedische Regierung dem nicht geneigt sei.

Abg. Graf v. Wartensleben: Ich bin ein echter Pommer. Wenn ein echter Pommer nach Baiern kommt, so verstehen sie ihn dort nicht, und wenn ein echter Schwabe nach Pommern kommt, so verstehen wir ihn auch nicht. Darin sehe ich den göttlichen Rathschluß, daß es einen Nationalegoismus geben muß, und ich kenne nur den preußischen Standpunkt. Und da theile ich den Standpunkt des Abg. Waldeck, daß man nicht fragt, wem anders man ein Land geben solle, das man sich vielleicht selbst nehmen kann. Sie fürchten einen Bürgerkrieg mit den deutschen Staaten. Im Interesse der Menschheit würde ich das für ein Unglück, im preußischen Interesse für ein Glück halten (Oho!). Ja, denn dann kann der preußische Adler weitergreifen und seine Schwingen ausdehnen (Heiterkeit). Es ist das Interesse Preußens, soweit als möglich Boden in Deutschland zu fassen. (Beifall rechts.)

Dr. Möller: Das Haus hat das Recht einer bedingten Bewilligung. Dieses Recht hat das Haus auch bei Anleihen ausgeübt, so z. B. bei der 30 Millionen-Anleihe des Jahres 1859, welche nur für die Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft bewilligt war. Die Uebertretung dieser Bedingung ist die Quelle des gegenwärtigen Conflicts. Auch diesmal wollen wir dieses Recht uns nicht nehmen lassen. Wir haben eine doppelte Veranlassung dazu, einmal die Rücksicht auf die Ehre des Staates und dann, daß wir alle Ursache haben, unsere Finanzen zu schonen. In den letzten 13 Jahren hat sich unser Budget um 50 Millionen erhöht, was die Steuerzahler bitter empfinden. — Als zweiter Rechtsgrund ist uns die bundesmäßige Verpflichtung Preußens entgegengehalten worden. Gesetzt es wäre dem so, so fallen von den auf 17 Millionen Gulden veranschlagten Kosten der Bundesexecution 27 Procent, d. h. rund 2,600,000 Thlr auf Preußen; zur Deckung dieser Summe ist bei einem jährlich steigenden Budget von 140 Millionen eine Anleihe nicht erforderlich. Die Bundesexecution allein kann zu weiteren kriegerischen Verwickelungen nicht führen. Ich frage aber, wie kann sich Preußen noch auf seine Bundespflichten berufen, nachdem die preußische Regierung sich feierlich und öffentlich von der Verpflichtung losgesagt hat, dem Bundesbeschlusse vom 14. Januar Folge zu leisten? Auf die Frage, wohin das Alles ziele, wurde die Antwort gegeben: das gehöre noch nicht vor die Oeffentlichkeit. Daß es sich also um Pläne handelt, die das Licht zu scheuen haben, ist klar; jedenfalls soll der Krieg nicht für die Ehre und Unabhängigkeit Deutschlands, nicht für das Recht der Herzogthümer auf Selbstständigkeit und Untheilbarkeit, nicht für die Thronfolge des rechtmäßigen Herrschers geführt werden; er soll nicht ein nationaler und gerechter Krieg sein. Warum hätte man sonst der Anerkennung der Herzogthümer durch den Bund gewehrt? warum hätte man ihm als „zweifelhaften Prätendenten" den Aufenthalt in seinem eigenen Lande nicht gestatten wollen? warum hatte man nicht auf den einzig correcten Pfad einlenken wollen: Lossagung von dem Londoner Vertrage, Occupation Holsteins für seinen rechtmäßigen Herzog? Der Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, daß das Festhalten an den Londoner Verträgen für die deutschen Großmächte die einzige Möglichkeit sei, sich um das, nicht zum deutschen Bunde gehörende Schleswig zu bekümmern. Das mag sehr diplomatisch lauten, führt aber direct in eine Sackgasse, nämlich zu nichts, als daß der König von Dänemark, dem Drucke nachgebend, die November-Verfassung für Dänemark-Schleswig aufhebt. Damit fehlt der weiteren Action auf Grund der Londoner Verträge jeder Boden, und Dänemark wird dann bei erster Gelegenheit seine Versprechungen zurücknehmen oder umgehen. Der correcte Weg war im badischen Antrage vorgezeichnet, den Erbprinzen Friedrich als Herzog von Holstein anzuerkennen und ihm zu überlassen, die Hilfe des deutschen Bundes in Betreff

Schleswigs auf Grund des Art. 47 der Wiener Schlußacte anzurufen. Verpflichtet zu einer solchen Hilfe ist der Bund nicht, wohl aber hat er das Recht dazu, insofern der Herzog als Bundesglied die Störung seines außerhalb des Bundes belegenen Besitzstandes nachweist. Es sind also nur zwei Annahmen möglich: entweder will Preußen die Herzogthümer für sich behalten als von Dänemark erobertes Land — oder sie an Dänemark zurückgeben. Aber die preußische Politik ist seit Menschenaltern nicht auf Eroberungen gerichtet gewesen. Es scheint daher diese Annahme nicht zulässig. Somit bleibt nur die traurige Möglichkeit übrig, daß es sich nur um eine zweite Auflage jenes Scheinkrieges handelt, der in den Jahren 1848—50 angeblich gegen Dänemark, in der That gegen die deutsche Volksbewegung geführt worden ist. Das Ministerium fühlt instinktmäßig, daß jeder Aufschwung des deutschen Nationalgeistes der Herrschaft seiner Partei gefährlich wird; es will die Unterdrückung desselben selbst um den Preis, daß abermals zwei deutsche Länder einer neuen nationalen Schmach unterworfen werden. Vom Kriege würde nichts Anderes übrig bleiben als eine höhere Art von Sport, eine angenehme Motion für die hohen Herrschaften, die leider beiläufig Tausenden von armen Soldaten Leben und Gesundheit kosten würde. Das sind die Zwecke, für welche man Gut und Blut der preußischen Staatsbürger verlangt. Bei Gott! beides ist dafür zu kostbar. Wir können es vor unseren Wählern und vor unserem Gewissen nicht verantworten, für solche Zwecke auch nur einen Pfennig zu bewilligen. Der Herr Ministerpräsident hat die Andeutung fallen lassen, wenn das Haus die Anleihe nicht bewilligen wolle, so werde man sich Geld schaffen, wie und woher man es könne. Nun, darauf müssen wir es ankommen lassen. Es giebt allerdings Kapitalisten, die gegen lockende Bedingungen ihr Geld auf unsichere Hypotheken leihen, um schließlich zu Bettlern zu werden. Vielleicht meint der Herr Ministerpräsident Solche, die dies Geschäft en gros zu betreiben Lust haben, das Publikum wird sich vor Schaden zu bewahren wissen. Es wird weder direct an einer Anleihe ohne alle Garantie und gegen das öffentliche Votum der Landesvertretung sich betheiligen, noch aus zweiter Hand die Schuldscheine einer solchen Anleihe übernehmen. — Wir haben hier nur eine Pflicht: noch einmal einer Staatsregierung, welche solche Wege wandelt, öffentlich vor dem eigenen Lande wie vor ganz Deutschland unsere Mitwirkung zu verweigern. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. v. Blankenburg: Gegen den Abg. Virchow, welcher die Kreuzzeitung wieder einmal als Vogelscheuche hingestellt habe, meint Redner, er könne ihm leicht die Volkszeitung vorrücken, deren Theilnehmer und fleißiger Mitarbeiter der Abg. Virchow wohl sei. (Heiterkeit.) Man frage, wen Bismarck hinter sich habe. Darauf erwidere er: Vor sich hat er den König und hinter sich die Armee, die königl. preußische Armee, von welcher, wenn sie sich zurückzieht, man nichts Anderes sagen kann, als daß sie dies auf Befehl des Königs gethan habe. (Bravo rechts.) Wenn man ihm und seinen Freunden vorwerfe, daß sie kein Verständniß hätten für nationale Interessen, so gestehe er dies ein. Das Verhalten des holsteinischen Prätendenten könne keine Sympathien erregen; derselbe mißachte den Verzicht seines Vaters, setze sich vom Nationalverein gestützt im Lande fest, wo er sich privatim anerkennen lasse, — das Alles verletze jedes Rechtsgefühl. Gegen den Abgeordneten Virchow müsse er bemerken, — er wisse es zwar nicht genau, aber er glaube doch zu wissen — daß Preußen wohl noch andere Mächte neben sich habe, als Oesterreich. Nicht dieses allein wolle die europäische Revolution bekämpfen, auch in England sei man bereit, sich diesem Ziele anzuschließen. Fügte sich die Regierung den Beschlüssen dieses Hauses, so würde die gesetzlich und rechtlich bestehende Armeereorganisation wieder vernichtet werden müssen. (Große Unruhe, Unterbrechung.) Das Land weiß den wahren Werth der Armeereorganisation zu schätzen, und wie es über die Politik der Regierung denkt, hat es im Courszettel der Börse zu erkennen gegeben, denn als es jüngst hieß, der Ministerpräsident würde zurücktreten, da fiel der Cours, wie Ihnen der Abg. Reichenheim bestätigen wird. (Allgemeines Gelächter.)

Redner versichert, er habe bei allen seinen Reden es sich stets angelegen sein lassen, dahin zu wirken, daß die Verfassung wo möglich bestehen bleibe; das sei aber nicht mehr möglich, wenn das Haus Beschlüsse fasse, welche die Regierung unmöglich ausführen könne. Er erinnert daran, wie einst ein Graf Schwerin dem großen Kurfürsten den Rath gegeben, türkisches Regiment in Preußen einzuführen, und wie ein Hoverbeck gegen alles Völkerrecht den Grafen v. Kalkstein in Warschau verhaftet und zur Hinrichtung geführt habe, weil derselbe sich unbeugsam für die Landesrechte erhoben habe. Das habe man damals auch Verfassungsbruch genannt, doch die Geschichte habe anders darüber geurtheilt. Kein König von Preußen, auch kein zukünftiger, könne die ihm vom Hause zugemutheten Beschlüsse ausführen. Man scheue sich allerdings, die Bahn des Abg. Jacoby zu betreten, aber man handle so, was der Grund zu sein scheine: ich möchte wohl, aber ich wage es nicht. Wem es unter einem kräftigen königlichen Regiment nicht gefalle, der möge sich ein anderes Vaterland suchen. „Ich für meine Person würde, wenn die Königliche Gewalt einmal nachgeben könnte, mich entweder von der Mitwirkung an den Staatsangelegenheiten zurückziehen, oder mich bei dem neuen parlamentarischen Leben betheiligen (schallendes anhaltendes Gelächter), denn es ist nicht möglich, ein Königthum, welches sich selbst aufgiebt, mit den Waffen zu vertheidigen, die ich bis jetzt geführt habe."

Abg. v. Carlowitz (leider auf der Tribüne ganz unverständlich).

Abg. Duncker: Die Reorganisation könne auch im Falle eines Krieges verfassungsmäßig rückgängig gemacht werden, ohne einen Mann aus dem Gefüge der Armee zu nehmen: es wäre nur nöthig, die Linienregimenter in Landwehr-Regimenter umzuwandeln. Abg. Dr. Virchow: Er habe nie, weder an der Volkszeitung, noch an einer andern gearbeitet und schreibe in Zeitungen überhaupt nie anonym. Abg. Frhr. v. Hoverbeck: Der Abg. v. Blankenburg habe ihm vorgeworfen, daß einer seiner Vorfahren vor einigen hundert Jahren zu Gunsten des großen Kurfürsten einen völkerrechtlichen Frevel verübt habe; er gestehe, daß ihm das herzlich leid thue, könne aber nicht dafür. (Heiterkeit.) Das versichere er dem Abgeordneten, daß er zu Gunsten keines Fürsten der Welt so handeln würde. (Bravo.) — Abg. Reichenheim: Abg. v. Blankenburg irre sich; man speculire an der Börse auf die schlechte Politik der Regierung, weil man der Meinung sei, daß Preußen nachgeben werde, und daß deßhalb Verwickelungen gar nicht entstehen könnten. Auf das Verbleiben des Ministerpräsidenten werde nicht speculirt, der Ministerpräsident habe an der Börse keinen Cours, eben so wenig wie im Volke. Dieses Werthpapier eigne sich also zur Speculation nicht. — Nächste Sitzung morgen.

Politische Uebersicht.

Man schreibt uns von Berlin, daß der Finanzminister v. Bodelschwingh wahrscheinlich seine Entlassung nehmen werde. Als Nachfolger wird einerseits Herr v. d. Heydt, andererseits aber der Oberpräsident von Sachsen, v. Witzleben, bezeichnet. Auch vom Rücktritt des Handelsministers wird gesprochen.

Die beiden polizeilich mit Beschlag belegten Nummern des „Volksgartens" sind in Berlin durch Beschluß des Gerichts wieder freigegeben.

In Wien ist man immer noch der Ansicht, daß es an der Eider zu keinem Conflict kommen werde. Man unterhält sich unausgesetzt von einer möglichen Schwenkung der dortigen Politik. Uebrigens werden die preußischen und österreichischen Truppen (von letztern nur 28,000 Mann) erst am 6. Februar an der Eider concentrirt sein und dann erst das Ultimatum gestellt werden.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 3¼ Uhr Nachmittags.

Berlin, 22. Januar. (Abgeordnetenhaus.) v. Bismarck antwortet Schulze-Delitzsch: Es sei nicht wahr, daß die kleinen deutschen Staaten sich an Preußen anlehnen wollen; die letzten 15 Jahre beweisen, daß sie sich an Oesterreich anlehnen, wovon wir viel zu leiden gehabt. Unsere Aufgabe ist, mit den skandinavischen Völkern in Eintracht zu leben. Der Minister, der das Vertrauen des Hauses erwerben wolle, müsse gegen die Verfassung, gegen den preuß. Volksgeist, gegen die geschichtlichen Traditionen handeln. Das Haus will ein diplomatischer Hofkriegsrath sein und Preußen unter die Majorität des Bundestages beugen. Das Haus versteht das preußische Volk nicht. Der Rocher de bronze steht noch. Darauf erklärt Graf Schwerin: Nach schweren Kämpfen habe auch er sich für Ablehnung der Anleihe entschlossen. Er hoffe, der König werde den Bundesbeschluß wegen der Erbfolge anerkennen. Das Ministerium fürchte die Demokratie und das Ausland. v. Bismarck antwortet: Die Demokratie hoffe er zu besiegen; die Besorgniß vor dem Auslande sei gebotene Vorsicht; er behaupte heute wie immer die Politik der freien Hand.

Danzig, den 22. Januar.

* Herr Landrath v. Brauchitsch hatte auf gestern Abend „nur" die Mitglieder des Preußischen Volksvereins zu einer „wichtigen Versammlung" eingeladen. Gegen halb 8 Uhr eröffnete derselbe die aus 158 Mitgliedern bestehende Versammlung mit der Warnung, daß er Jeden, der keine Berechtigung habe, den Verhandlungen beizuwohnen, in seinem eigenen Interesse ersuche, den Saal zu verlassen, da er heute nur zu wirklichen Mitgliedern zu sprechen habe. Nach einem dreifachen Hoch auf den König wirft Herr v. Brauchitsch einen Blick auf das Gebahren der Fortschrittspartei im Abgeordnetenhause. Preußen stehe jetzt nach außen hin in einer Situation, daß der Krieg jeden Augenblick losbrechen könne und wie es den Anschein gewinne, nicht bloß gegen die Dänen, sondern auch noch gegen andere Leute. In solch kritischer Lage hätte man erwarten müssen, daß die Mittel zur Armeereorganisation, die überreich in unseren Kassen vorhanden seien, ohne Redensarten bewilligt werden würden. Nichtsdestoweniger habe das Abgeordnetenhaus die Absicht, Preußen im entscheidenden Augenblick durch Verweigerung der Mittel wehrlos zu machen. Die weiteren Sünden des Hauses will Redner nur kurz erwähnen. (Folgt eine Schilderung der Thätigkeit des Abgeordnetenhauses im Style der letzten Nummern der „Provinzial-Correspondenz.") Herr v. d. Heydt habe beantragt, den Abgeordneten die Diäten zu streichen und die Nachsuchung des Urlaubs zur Bedingung der Annahme eines Mandats zu machen. Das hätte ungeheures Aufsehen im Lager der Majorität erregt; freilich, es könnte eben diese Majorität nicht existiren, wenn sie die drei Thälerchen nicht bekäme und sich nicht aus den „aufsätzigen" Beamten recrutiren könnte. Auch dieser zweckmäßige Antrag sei verworfen worden. Das Alles aber sei noch die Action gewesen, die mit der Zunge geführt wurde; jetzt sei man aber bereits zur wirklichen Action übergegangen. Es sei ein Aufruf erschienen, unter dem als „Provinzialcomité für Schleswig-Holstein" 6 Namen ständen, deren Träger die entschiedensten Vertreter der Fortschrittspartei, oder gerade herausgesagt, der Demokratie seien. Dieser Aufruf, der an die Bewohner der Provinz Preußen gerichtet, erheische eine entschiedene Gegenerklärung der conservativen Partei. Der Aufruf wird verlesen. Bei dem Passus, daß das Comité „nicht daran zweifle, daß auch unsere politischen Gegner zu diesem patriotischen Werke die Hand bieten werden", erhebt sich ein anhaltendes Gelächter. Der Herr Landrath entwickelt alsdann seine kritischen Bemerkungen über den Aufruf. Er findet es gleich zu Anfang komisch, daß unsere Provinz, die gar nicht zu Deutschland gehöre, an die Spitze der Bewegung treten solle. Wir sprächen zwar deutsch, aber eben so gut könnten die Elsässer und Lothringer und die deutsch redenden Polen sich ebenfalls zu den Deutschen rechnen. Ueberdies sei es gar keine besondere Ehre ein Deutscher zu sein, wohl aber eine ganz besondere Ehre, ein Preuße und gar ein Unterthan des Königreichs Preußen zu sein! (Bravo!) Der Zweck des Aufrufs sei die Herbeischaffung von Geldmitteln für einen sogenannten Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein; ein solcher existire gar nicht, seine Existenz bestände nur in den Köpfen der Demokraten oder der durch dieselben terrorisirten Sänger, Turner und Schützen. Redner entwickelt alsdann die auch von ihm acceptirten Deductionen des „berühmtesten Staatsrechtslehrers" Pernice und kommt schließlich zu dem Resultat, daß auch dem schärfsten Juristen angst und bange werde, zu entscheiden, wer zur Erbschaft berechtigt wäre. Er und seine Partei wollten sich gerne dem Ausspruch eines Austrägalgerichts unterwerfen; wenn ein solches die Sache in die Hand nehme, würde vermieden werden, daß sich unberufene Leute in die Angelegenheit mischten. — In Frankfurt hätte sich auch ein Ausschuß aus Abgeordneten gebildet, der eine „Destillation aus den Spitzen der Demokratie" sei. Es sei naiv, für einen „souverainen Herzog" zur Erreichung seiner Zwecke Gelder zu sammeln und diese an das demokratischste Comité zu senden. Hunderttausend Thaler in unserer Provinz aufzubringen, sei etwas viel und doch wenig in einem Augenblicke, wo 80,000 Mann in den Herzogthümern ständen. Durch die Selbstbesteuerung sollte der „alte Ruhm Preußens neu bewährt" werden; wäre es etwa der „alte Ruhm", den Sängern und Turnern voranzulaufen? Ja wenn, wie 1813/15, der König rufe und an der Spitze stehe, da sei es wieder der alte Ruhm, blindlings zu folgen. Redner hat den Entwurf einer Erklärung ausgearbeitet, die dem Aufrufe des Comités die Spitze abbrechen soll; er bittet, denselben en bloc anzunehmen. Die Erklärung solle dem Intelligenzblatt und Kreisblatt als Extrabeilage beigefügt und in splendidester Weise allüberall in der Provinz verbreitet werden. Wer ein guter Preuße oder gar ein Mitglied des Vereins sei, solle daher gar nichts zu einer solchen Sammlung beisteuern. Die Versammlung tritt dem Entwurf bei. (Schluß folgt.)

* Vergangene Nacht gegen 2 Uhr hätte in dem Hause Schloßgasse Nr. 2 beinahe ein großes Unglück stattgefunden. Die Dielung und Balkenlage unter einem Kochherde hatte nämlich, wahrscheinlich durch zu starkes Feuern in diesem verursacht, Feuer gefangen und einen bereits so starken Qualm hervorgebracht, daß die in dem betreffenden Hause einquartierten 80 Mann Soldaten, welche im festen Schlafe lagen, durch denselben ernstlich bedroht wurden. Glücklicherweise erwachten einige von ihnen zeitig genug, um ihre Kameraden wecken zu können, und da zu gleicher Zeit die von einem Schutzmann alarmirte Feuerwehr zur Stelle kam, wurde dem Feuer vermittelst einer Spritze bald Einhalt gethan.

* Wie der „Bürger- und Bauernfreund" berichtet, ist dem Rechtsanwalt Hacker in Insterburg wegen nicht bezahlter Steuern ein Pelz abgepfändet und verkauft.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 21. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco einzeln niedriger, ab Dänemark sehr gedrückte Stimmung. Roggen loco still, Auswärts zu letzten Notirungen dringend offerirt. — Oel loco 24⅛ Br., Mai 24¼, October 24⅝. — Kaffee ohne größere Umsätze. — Zink ruhig.

London, 21. Januar. Türkische Consols 46¼. — Wetter schön. — Consols 90¾. 1% Spanier 45¾. Mexikaner 34⅞. 5% Russen 91. Neue Russen 87½. Sardinier 84

Die Dampfer „City of Manchester" und „Hammonia" sind aus Newyork, ersterer mit 729,000 Dollars in Cork, letzterer mit 427,975 Dollars in Cowes eingetroffen.

Liverpool, 21. Januar. Baumwolle: 4000 Ballen Umsatz. Preise fester.

Paris, 21. Januar. 3% Rente 66, 40. Italienische 5% Rente 68, 45. Italienische neueste Anleihe —. 3% Spanier —. 1% Spanier 45¾. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Actien 391, 25 Credit-mob.-Actien 1020, 00. Lombr. Eisenbahn-Actien 515, 00.

Berlin, 22. Januar 1864. Aufgegeben 2 Uhr 8 Min.
Angekommen in Danzig 3 Uhr — Min.

		Letzt. Crs.			Letzt. Crs.
Roggen matt,			Preuß. Rentenbr.	96½	96½
loco	34⅝	35	3½% Westpr. Pfdbr.	83¾	83¾
Januar/Februar	33½	34	4% do. do.	—	93½
Frühjahr . . .	33½	33½	Danziger Privatbk.	98	—
Spiritus Jan. . .	14 5/12	14½	Ostpr. Pfandbriefe	83¾	84
Rüböl do. . .	10¾	10¾	Oestr. Credit-Actien	74	73½
Staatsschuldscheine	88	88¼	Nationale	65½	66
4½% 56er. Anleihe	99¾	99¾	Russ. Banknoten . .	86½	86½
5% 59er. Pr.-Anl.	104½	104	Wechselc. London	—	6.18½

Fondsbörse: Actien beliebter.

Danzig, den 22. Januar. Bahnpreise.

Weizen gut hellbunt, fein und hochbunt 127—128/29—130/1—132/5 # nach Qualität 58/60—61/62½—63/66½—67/70 Sgr.; dunkelbunt 125—130/2 # nach Qualität 55—57½/60/61½ Sgr., Alles pr. 85 #.
Roggen 120/123—125/129 # von 35½/36—36½/38 Sgr.
Erbsen von 38/40—41/42 Sgr.
Gerste kleine 106/108—110/112 # von 30/31—32/32½ Sgr., große 110/112—114/118 # von 31/32—33/35 Sgr.
Hafer von 21/23 Sgr.
Spiritus 12⅝ Rt. pr. 8000 %.

Getreide-Börse. Für feinen Weizen war am heutigen Markte Frage. Andere Gattungen blieben unverändert. Verkauft sind 100 Lasten. 126 # blauspitz fl. 320; 124/25 und 125 # bunt fl. 350; 128 # roth fl. 363; 126/27 # fl. 360; 128 # hellfarbig fl. 385, 388; 131/2, 132/3 # hellbunt fl. 390, 395, 400; 133/4 # fein hochbunt fl. 410; 133 # sehr hell hochbunt fl. 417½. Alles pr. 85 #. — Roggen flau. 122/23 # fl. 216; 125/6 # fl. 221; 126/27 # fl. 222 # pr. 125 #. — Spiritus 12⅝ Rt.

Königsberg, 21. Januar. (K. H. Z.) Wind: S. — 3. Weizen ohne besondere Kauflust, hochbunter 120—130—131 # 50—64 Sgr., bunter 126—127 # 55 Sgr., rother 125—126 # 53 Sgr. bez. — Roggen niedriger, loco 119—121—128 # 34—34⅔—37½ Sgr. bez., Termine flau, 80 # pr. Frühjahr 38½ Sgr. Br., 37½ Sgr. Gd., 120 # pr. Mai-Juni 38½ Sgr. Br., 37½ Sgr. Gd. — Gerste unverändert, große 107—113 # 27—31½ Sgr. bez., kleine 98—110 # 26—32 Sgr. Br. — Hafer unverändert, loco 75—82 # 18—22½ Sgr. bez., 50 # pr. Frühjahr 23 Sgr. Br., 21½ Sgr. Gd. — Erbsen matt, weiße Koch- 40—41 Sgr., Futter- 37 Sgr. bez., graue 35—40 Sgr., grüne 35—40 Sgr. Br. — Bohnen 42 Sgr. bez. — Wicken 35 Sgr. bez. — Leinsaat geschäftslos, feine 108—112 # 70—85 Sgr., mittel 104—112 # 50—70 Sgr. Br., ordinär 96—106 # 35—50 Sgr. Br. — Timotheum 4—6½ Rt. pr. Ctr. Br., 4¾ Rt. bez. — Leinöl 13½ Rt. — Rüböl 11½ Rt. pr. Ctr. Br. — Leinkuchen 52—55 Sgr. — Rübkuchen 53 Sgr. pr. Ctr. Br. — Spiritus. Loco Verkäufer 13½ Rt., Käufer 12 11/12 Rt. ohne Faß; loco Verkäufer 13½ Rt., Käufer 12 11/12 Rt. ohne Faß; pr. Frühjahr Verkäufer 15 5/12 Rt. incl. Faß pr. 8000 pCt. Tralles.

Berlin, 21. Januar. Weizen pr. 2100 Pfund loco 50—57 Rt. nach Qual., weiß. poln. 54½ Rt. ab Bahn bez., weiß. bunt. poln. 54 Rt. do., bunt. poln. 54 Rt. frei Mühle bez. — Roggen pr. 2000 Pfund loco exq. 35¾—36 Rt. ab Bahn bez., 81/83 # 35—35½ Rt. do., Kündigungswaare sofort abzunehmen 33¼ Rt. ab Boden bez., Jan. 34¼—33⅞ Rt. bez., Jan.-Febr. 34—33¾ Rt. bez. u. Gd., 33⅞ Rt. Br., Febr.-März do., Frühj. 34—33¾—34—33⅞ Rt. bez. u. Br., 33¾ Rt. Gd., Mai-Juni 34¼—34½—34⅝ Rt. bez., Juni-Juli 35⅞—35½ Rt. bez., Br. u. Gd., Juli-Aug. 36¼—36½—36 Rt. bez. u. Gd., 36⅛ Rt. Br. — Gerste große 30—34 Rt., kleine do. — Hafer loco 22—23½ Rt. nach Qual. — Erbsen Kochwaare 37—48 Rt. — Winterraps 83—85 Rt. — Winterrübsen 82—83 Rt. — Rüböl pr. 100 Pfund ohne Faß loco gefrorenes 10 11/12 Rt. Br., flüssiges 11 Rt. Br., Jan. 10 11/12—10⅞ Rt. bez., Br. u. Gd., Jan.-Febr. 10 11/12—10⅞ Rt. bez., Br. u. Gd., Sept.-Oct. 11 5/12 Rt. Br. — Leinöl pr. 100 Pfund ohne Faß loco 13⅔ Rt. Br. — Spiritus loco ohne Faß 14⅛—14 1/12 Rt. bez., Jan. 14 5/24—14⅛ Rt. bez u. Gd., 14⅙ Rt. Br., Jan.-Febr. do., Juli-Aug. 15⅜—15½ Rt. bez. u. Br., Aug.-Sept. 15 7/12—15⅔ Rt. bez.

Neufahrwasser, den 22 Januar. Wind West.
Nichts passirt.

Verantwortlicher Redacteur H. Rickert in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

Jan.	Stund.	Barom. Stand in Par.-Lin.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
21	4	340,37	— 0,6	S. frisch, bezogen und Nebel.
22	9	336,89	+ 1,0	Oestl. still, durchbr. Luft u. Nebel,
	12	337,07	+ 3,0	Westl. schwach, do.

Berliner Fondsbörse vom 21. Januar.

Eisenbahn-Actien.

Dividende pro 1863.		Zf.	
Aachen-Düsseldorf	—	3½	92 bz u G
Aachen-Mastricht	—	4	28 bz
Amsterdam-Rotterd.	6	4	101¼ bz
Bergisch-Märk. A.	6½	4	103½ bz
Berlin-Anhalt	8½	4	147 bz u G
Berlin-Hamburg	6½	4	119¾ B
Berlin-Potsd.-Magdb.	14	4	177½ G
Berlin-Stettin	7 5/10	4	127½ G
Böhm. Westbahn	—	5	62¾ bz
Bresl.-Schw.-Freib.	8	4	123½ bz u G
Brieg-Neiße	4½	4	79 G
Cöln-Minden	12⅗	3½	166 bz
Cosel-Oderb. (Wilhb.)	½	4	49 bz
do. Stamm-Pr	4⅛	4½	— —
do. do.	5	5	— —
Ludwigsh.-Bexbach	9	4	136 B
Magdeb.-Halberstadt	25½	4	276 G
Magdeburg-Leipzig	17	4	— —
Magdeb.-Wittenb.	1 5/24	4	67 bz
Mainz-Ludwigshafen	7½	4	117¼ G
Mecklenburger	2½	4	60¼, ¾—½ bz
Münster-Hammer	—	4	94¾ B
Niederschl.-Märk.	—	4	94⅛ bz
Niederschl. Zweigbahn	2½	4	58 bz

Dividende pro 1863.		Zf.	
Nordb., Friedr.-Wilh.	—	4	55—½ bz
Oberschl. Litt. A. u. C.	10⅛	3½	143½—144½ bz
Litt. B.	10⅛	3½	131 bz
Oester.-Frz.-Staatsb.	5	5	103½ G
Oppeln-Tarnowitz	2½	4	53¾ bz u G
Rheinische	6	4	92½ bz
do. St.-Prior.	—	4	— —
Rhein-Nahebahn	—	4	24¾ bz
Rhr.-Cref.-K.-Gladb.	4½	3½	95 B
Russ. Eisenbahnen	—	5	105½ B
Stargard-Posen	6	3½	99 G
Oesterr. Südbahn	8½	5	135½—¾ bz
Thür.	7½	4	119⅝ B

Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1862.		Zf.	
Preuß. Bank-Antheile	6 1/10	4½	122½ bz u G
Berl. Kassen-Verein	5⅛	4	113 G
Pom. R. Privatbank	5½	4	81 G
Danzig	6	4	98 G
Königsberg	5½	4	99½ B
Posen	5⅛	4	91 B
Magdeburg	4 1/10	4	91 B
Disc.-Comm.-Antheil	7½	4	92¾ bz u G
Berliner Handels-Ges.	9	4	102⅜ et bz
Oesterreich	8½	4	73—¾—½ bz

Preußische Fonds.

Freiwillige Anl.	4½	99¾ bz
Staatsanl. 1859	5	104 bz
Staatsanl. 50/52	4	94½ bz
54, 55, 57	4½	99¾ bz
do. 1859	4½	99¾ bz
do. 1856	4½	99¾ bz
do. 1853	4	95¾ B
Staats-Schuldſ.	3½	88⅛ bz
Staats-Pr.-Anl.	3½	119 bz
Kur- u. N. Schld.	3½	— —
Berl. Stadt-Obl.	4½	101 bz
do. do.	3½	— —
Börsenh.-Anl.	5	— —
Kur- u. N. Pfdbr.	3½	88¼ bz
do. neue	4	98¾ bz
Ostpreuß. Pfdbr.	3½	83¾ B
do.	4	92¼ bz
Pommersche	3½	87¾ bz
do.	4	98 bz
Posensche	4	— —
do. neue	3½	— —
do. do.	4	93½ B
Schlesische	3½	— —
Westpreuß.	3½	83¾ bz
do.	4	93½ G
do. neue	4	92 bz

Kur- u. N.-Rentbr.	4	96½ bz
Pommer. Rentbr.	4	96½ bz
Posensche	4	93½ G
Preußische Rentbr.	4	96½ bz
Schlesische	4	97¼ G

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	59 G
do. Nat.-Anl.	5	65½—66 bz u B
Neueste Oest. Anl.	5	75½—76¼ bz u B
Oesterr. Pr.-Obl.	4	74½ B
do. Eisb.-Loose	—	72 bz
Insk. b. Stg. 5. A.	5	79¾ bz
do. do. 6. Anl.	5	91½ G
Russ.-engl. Anl.	5	87¾ bz
do. do.	3	54¾ G
do. do.	4½	— —
do. do. 1862	5	86½ bz
Russ. Pln. Sch.-O.	4	72 bz
Cert. L. A. 300 Fl.	—	90 bz u G
do. L. B. 200 Fl.	4	— —
Pfdbr. n. in S.-R.	4	80 bz
Part.-Obl. 500 Fl.	—	86½ B
Hamb. St. Pr.-A.	—	— —
Kurhess. 40 Thlr.	—	52¾ G
N. Badens. 35 Fl.	—	29¼ et bz
Dessauer Pr.-A.	3½	100 et bz
Schwb. 10 Thlr.-L.	—	— —

Wechsel-Cours vom 21. Jan.

Amsterdam kurz	4	142 bz
do. 2 Mon.	4	141 bz
Hamburg kurz	5½	151⅛ bz
do. 2 Mon.	5½	150⅝ bz
London 3 Mon.	6	6 18½ bz
Paris 2 Mon.	5	78 [illegible] bz
Wien Oester. W. 8 T.	5	82½ bz
do. do. 2 M.	5	81½ bz
Augsburg 2 Mon.	5	56 20 bz
Leipzig 8 Tage	5½	99¾ G
do. 2 Mon.	5½	99⅛ G
Frankfurt a. M. 2 M.	4½	56 20 bz
Petersburg 3 Woch.	6	95 bz
do. 3 Mon.	6	93½ bz
Warschau 8 Tage	5½	85⅞ bz
Bremen 8 Tage	5½	109¾ bz

Gold- und Papiergeld.

Fr. Bkn. m. R. 99⅞ G	Louisd'or 110 bz
ohne R. 99⅞ G	Sovrgs. 6.20½ G
Oest.-östr. W. 82½ bz	Goldkron. 9.6½ G
Pol. Bkn. 85⅞ G	Gold (p. Z.) 458½ bz
Dollars 1 1½ G	Silber 29 25 G
Napo 5 9½ bz	

Den nach langen Leiden im 42. Lebensjahre erfolgten Tod ihrer geliebten Mutter und Schwester, der verwittweten Frau **Rosa Wendling** geb. **Paleske** zeigen hiermit an Stelle besonderer Meldung an

[8981] **die Hinterbliebenen.**

Schöneck, den 21. Januar 1864.

Bekanntmachung.

Zufolge der Verfügung vom heutigen Tage ist in das hier geführte Firmen-Register sub No. 122 eingetragen, daß der Kaufmann Leopold Wohlgemuth in Pr. Stargardt ein Handelsgeschäft unter der Firma:

Leopold Wohlgemuth

in Pr. Stargardt betreibt. [8972]

Pr. Stargardt, den 15. Januar 1864.

Königliches Kreis-Gericht.

1. Abtheilung.

In der Kaufmann Joh. Wilh Otto Hahn'schen Concurssache ist der Justizrath Walter zum definitiven Verwalter der Masse ernannt.

Danzig, den 15. Januar 1864.

Königl. Stadt- und Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. [8980]

Bekanntmachung.

An unserer Stadtschule, die zu einern höhern Bürgerschule umgeschaffen werden soll, ist die Stelle des vierten wissenschaftlichen Lehrers mit einem Gehalte von 500 Rt. vom 1. April d. J. ab zu besetzen. Bewerber, welche pro facultate docendi geprüft sind und sich vorzugsweise für den Unterricht im Deutschen und in den neueren Sprachen qualificiren, wollen uns ihre Zeugnisse binnen 3 Wochen einreichen.

Marienwerder, den 19. Januar 1864.

Der Magistrat. [8973]

Bei G. W. Niemeyer in Hamburg ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Danzig bei **Th. Anhuth, Langenmarkt No. 10.**

Der bewährte Arzt für Unterleibskranke.

20. Auflage.

Guter Rath und sichere Hilfe für Alle, welche an Magenschwäche, schlechter Verdauung, und den daraus entspringenden Uebeln, als Magendrücken, Magenkrampf, Verschleimung, Magensäure, Uebelkeiten, Erbrechen, Aufstoßen, Sodbrennen, Appetitlosigkeit, hartem und aufgetriebenem Leibe, Blähungen, Herzklopfen, kurzem Athem, Seitenstechen, Rückenschmerzen, Beklemmung, Schlaflosigkeit, Kopfweh, Blut-Andrang nach dem Kopfe, Hypochondrie, Hämorrhoiden u. s. w. leiden. Nach bewährten Ansichten und practischen Erfahrungen von Dr. E. Fränckel.

8. geh. 7½ Sgr. [8971]

Ausverkauf

von Filzstiefeln, pro Paar 25 Sgr., russischen Tuchschuhen und Gamaschen, Gummischuhen, pro Paar 15 Sgr., doppelsohligen Herrenstiefeln, Filzgaloschen, bei [8993]

Oertell & Hundius, Langg. 72.

Güter mit und ohne Wald, sowie Wälder in Polen mit starkem Bauholze, nahe dem Wasser gelegen, sowie gebräuchliche Eisenbahnschwellen von Eisen, weiset portofrei nach

F. P.,

[8979] poste restante Thorn.

Leinkuchen offeriren billigst

E. Tesmer & Co,

[8995] Frauengasse 50.

200 hochfette Hammel stehen zu sofortigem Verkauf in [8969]

Smarzewo bei Czerwinsk.



Der Bockverkauf in meiner Negretti-Stamm-Heerde beginnt den 5. Februar.

Petersdorf bei Wismar, Januar 1864. [8919]

Rudloff.

Ein Commis, Detaillist, sucht zum 1. April unter ganz soliden Bedingungen eine Stelle in einem Material-Waaren-Geschäft. Gefällige Adressen wolle man sub H. 19 poste restante Krockow W./Pr. senden. [8978]

Mit Recht

wird ein volles schönes Haupthaar zu den größten Zierden des menschlichen Körpers gezählt und Mittel zur Beförderung und Erhaltung des Haarwuchses gehören daher auch zu den am meisten gesuchten Toiletteartikeln. Unter letzteren, soviel deren auch existiren und täglich neu auftauchen mögen, hat sich bis heute keins größerer Erfolge und allgemeiner Anerkennung zu erfreuen, als der Hauschild'sche vegetabilische Haarbalsam. Mit dem täglich bedeutender werdenden Absatze nicht allein in Deutschland, sondern selbst in England, Rußland und Amerika, mehren sich auch täglich die Anerkennungs- und Dankschreiben Solcher, die sich des Hauschild'schen Balsams mit kaum gehoffter Wirkung bedienten; aus der Menge dieser Zuschriften nun mögen heute die nachstehenden statt und zu weiterer Empfehlung dienen.

P. P.

Da ich schon eine Flasche Balsam verbraucht habe und **gefunden, daß das Ausfallen aufgehört hat** und sich **schon neuer Haarwuchs zeigt,** so bitte ich Sie mir noch eine Flasche gegen Postvorschuß zu schicken.

Runkel. Schachtmeister **Döring.**

Ich ersuche Sie, mir gefälligst ein Stückchen Schwefelseife gegen Postvorschuß zu schicken, indem ich den **Balsam gebraucht habe und mit dessen Anwendung sehr zufrieden bin.**

Chemnitz. **Herm. Lasch.**

P. P.

Das erste Glas Balsam, was ich verbraucht habe, **hat mir gute Dienste geleistet,** ich ersuche Sie nun mir noch 1 Flasche u. s. w.

Dresden. **Ernst Seifert,**

Trompeter im K. S. Fuß-Artillerie-Reg.

P. P.

Nachdem ich die erhaltene Flasche Haarbalsam **mit gutem Erfolg** verbraucht, bitte ich heute noch um Uebersendung einer ganzen Flasche und 2 Stück Schwefelseife 2c.

Achtungsvoll ergebenst

Warnemünde. **J. Steffenhagen.**

In Danzig ist der **Hauschild**'sche **Haarbalsam** in Originalflaschen à 1 Thlr. ½ Fl. à 20 Ngr., ¼ Fl. à 10 Ngr., **allein ächt zu haben bei Herrn**

Albert Neumann,

Langenmarkt 38, Ecke der Kürschnergasse.

Maskenball.

Ein großer Theil der Maskenanzüge für Damen und Herren, **sämmtlich neu,** ist in meinen Salons zur geneigten Ansicht und Auswahl aufgestellt.

Ein Preiscourant für alle möglichen Maskenanzüge, angehörig der größten Maskengarderobe der **Residenz Berlin,** beehre ich mich bei humanen Preisen zur freundlichen Einsicht sofort vorzulegen und überzeugt dasselbe von der strengen Solidität des Unternehmens.

Geneigte Aufträge und Bestellungen effectuire ich prompt. [8944]

Theaterfriseur, Jopengasse 26, dem Pfarrhofe gegenüber. **G. Sauer,** Theaterfriseur, Jopengasse 26, dem Pfarrhofe gegenüber.

Vorzüglich gute **Maschinenkohlen** zu Ofen- und Kaminheizungen, so wie doppelt gesiebte **Nußkohlen** und englische **Coaks** empfiehlt bestens

E. A. Lindenberg,

[8471] Jopengasse No. 66.

Petroleum-Hängelampen,

um zu räumen, das Stück von 20 Sgr. an, verkauft

[9965] Alfred Schröter.

Neugarten 6 sind zwei Stuben mit Zubehör zu Ostern zu vermiethen. [8942]

Das Verzeichniß über Gemüse- und Blumen-Samen, Obstbäume, Gesträuche 2c. liegt zur Ausgabe bereit, und kann sowohl in der Gärtnerei zu Tempelburg wie auch in der Blumenhalle Wollwebergasse No. 10 gratis in Empfang genommen werden; daselbst werden auch Bestellungen angenommen für **H. Rotzoll's** Garten.

[8741] **Carl Ehrlich.**

Ein Pult oder Doppel-Pult mit Seitenspinden wird zu kaufen gesucht. Offerten nebst Preisangabe werden in der Expedition dieser Zeitung unter **A. O.** 8985 erbeten.

Eine gepr. Gouvernante ev. Confession, welche fertig Französisch spricht, auch im Englischen und in Musik unterrichtet, wird zu Ostern unter der Chiffre **F. A. poste restante Mohrungen in Ostpr. gesucht.** [8750]

Beste reife Sorrento-Apfelsinen empfiehlt billigst J. G. Amort.

Beste große Neunaugen in 1 Schock-Fäßchen empfiehlt billigst

J. G. Amort.

Frische beste Catharinenpflaumen in Kisten und ausgewogen empfiehlt billigst

[8992] **J. G. Amort.**

Ein gut empfohlener verheiratheter

Ober-Inspector,

in den Dreißiger Jahren, der mehrere Jahre größere Güter in Preußen selbstständig bewirthschaftet hat, und zuletzt die in Polen im Kreise Lipno gelegenen gräflichen Güter Kikol acht Jahre hindurch ebenfalls selbstständig verwaltet, der Unruhen wegen seine Stellung aufgegeben hat, sucht von gleich oder vom 1. April, oder auch von Johanni a. c. ein ähnliches Engagement. Näh. Auskunft ertheilt **R. Seegers,** Thorn, Brückenstraße No. 16. [8988]

Ein Bureau-Vorsteher, gegenwärtig beschäftigt, mit guten Zeugnissen versehen, sucht eine anderweite Stellung. Adressen unter **A. W. B.** 8975 werden durch die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Ein junger Mann, der die Wirthschaft praktisch erlernt und auch bereits zur Zufriedenheit seines Prinzipals als Inspector fungirt, sucht eine Stelle. Näheres in Danzig, Hundegasse No. 53, drei Treppen hoch. [8871]

Ein **Wirthschafts-Inspector,** militairfrei, mit guten Zeugnissen versehen, sucht eine Stelle. Adressen sub **J. J.** 10 in der Expedition dieser Zeitung.

Junge Geschäftsleute,

welche sich günstigen Empfehlungen zu erfreuen haben, jedoch auch **nur** solche, wollen mir behufs Placirung Copien ihrer Zeugnisse recht bald zugehen lassen. Auswärtige Aufträge zufolge, werde ich zum bevorstehenden Engagementswechsel namentlich mehrere der polnischen Sprache Kundige verwenden können.

[8990] **E. Schulz,** Goldschmiedegasse 28.

Ein Conditorgehilfe,

der das **Backen,** vollkommen versteht, kann sich auf Dauer zum sofortigen Antritt melden. Offerten richte man an

J. F. Goll,

[8976] Conditor in Elbing.

Ein Candidat der kath. Theologie sucht eine Hauslehrerstelle. Gefällige Offerten erbittet man in der Expedition dieser Zeitung unter **No. 8977.**

Hotel „zu den drei Kronen".

Mein beim jetzt vollendeten Ausbau bedeutend vergrößertes und aufs bequemste eingerichtetes Hotel, genannt **zu den drei Kronen,** auf dem Anger, mit einigen zwanzig Logirzimmern, großem Hof und geräumigen Stallungen nebst Wagenschauer, empfehle ich dem geehrten reisenden Publikum und meinen werthgeschätzten Kunden bestens.

Königsberg i/Pr., im Januar 1864.

[8801] **F. A. L. Grimm.**



Im (gut geheizten) Apollo-Saal.

Stadt-Theater.

Sonntag, den 24. Januar. (Ab. suspendu.) **Parteienwuth,** oder: **die Kraft des Glaubens.** Schauspiel in 5 Acten von F. W. Ziegler. [8986]

Das unterzeichnete Comité sieht sich veranlaßt, den Damen aus: Succemin, Sammin, Stecklin, Miradau, Amt Stargardt, Pischnitz, Gorra, Pinschin, Kl. Pallukin, Schloß Kischau, Pogutken, Bordzichau, Wirthy, Radziewo, Budda, Rokoczyn, Neudorf, Owitz, Wollenthal, Bytowo, Neumühl, Gr. Semlin, Waldowken und mehreren Damen aus Danzig, welche durch freiwillig gelieferte Hand-Arbeiten zu Stande gebracht, daß 134 Thlr. für **Schleswig-Holstein** abgeschickt werden konnten, hiermit öffentlich Dank zu sagen.

Das Comité:

Albrecht-Succemin. Knuht-Bordzichau. Hoppe-Waldowken. Schulz jun.-Gorra. Beyer-Krangen. [8989]

Gelegenheitsgedichte aller Art fertigt

[7332] **Rudolph Tentler.**

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.